Frankfurter Allgemeine Zeitung
05.04.2014

Förderung für Zuwanderer wegen Geldmangels gestoppt

Zwei Programme sollen den Weg in Erwerbsarbeit bahnen – beide liegen nun auf Eis

dc. BERLIN, 4. April. Deutschland brauche eine gute „Willkommenskultur", um sich ausländischen Fachkräften als attraktives Land zu präsentieren. So stellt es die Bundesregierung regelmäßig heraus. In der realen Arbeitsmarktpolitik indes häufen sich neuerdings Vorfälle, die nicht dazu passen: Gleich zwei wichtige Förderprogramme, mit denen die Regierung Zuwanderern den Weg in Erwerbsarbeit ebnen will, wurden soeben wegen akuten Geldmangels – „Mittelverzehr", wie es auf Amtsdeutsch heißt – auf Eis gelegt.

In beiden Fällen geht es um recht überschaubare Summen, die zwei- bis dreistelligen Millionenbeträge reichen jedenfalls nicht annähernd an die Mehrausgaben etwa in der Rentenpolitik heran. Doch beide Male gibt es zurzeit finanztechnische Probleme. Konkret erfahren deshalb nun etwa junge Spanier, die auf Einladung der Bundesregierung hierzulande eine Berufsausbildung machen wollten, dass ihnen das eigens eingerichtete Förderprogramm derzeit nicht helfen kann – die Fördermittel von 48 Millionen Euro für 2014 sind aufgebraucht. Das Programm („MobiPro-EU") soll junge Menschen aus den Euro-Krisenländern unter anderem mit Sprachkursen und Praktika unterstützen, um sie auf ihre Ausbildung in einem deutschen Betrieb vorzubereiten. Eigentlich wollte die Bundesregierung damit auch ein Zeichen setzen, dass Deutschland in Europa nicht nur Sparauflagen fordert, sondern auch etwas gegen Jugendarbeitslosigkeit tut. Doch nun verschwimmt das Zeichen.

Zweiter akuter Problemfall ist ein Programm namens „ESF-BAMF". Damit werden seit 2007 berufsbezogene Sprachkurse für Zuwanderer gefördert, die schon in Deutschland sind, aber wegen mangelnder Deutschkenntnisse keine Arbeit finden; die meisten Betroffenen leben von Hartz IV. Bisher fingen jeden Monat zwischen 2000 und 3000 von ihnen einen solchen Kurs an. Nun aber hat das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) mitgeteilt, dass kein Geld mehr für neue Kurse da sei. „Konkret bedeutet dies, dass nur noch die bis zum 31.03.2014 beim BAMF bereits eingegangenen Kursanträge bewilligt werden können", heißt es in einem Rundschreiben.

Jobcenter können Zuwanderern deshalb nun vorerst keine Sprachkurse mehr bieten. Damit entsteht jedoch eine „sehr missliche Situation", wie der Deutsche Landkreistag klagt. Sprachkenntnisse seien nun einmal Voraussetzung für eine erfolgreiche Stellenvermittlung. „Wenn nun für Monate keine Fördermöglichkeiten für die Jobcenter bestehen, ist das in jedem einzelnen Fall fatal."

Hauptursache des „Mittelverzehrs" ist in diesem Fall ein Problem mit dem Europäischen Sozialfonds (ESF), aus dem in der Förderperiode von 2007 bis 2013 insgesamt 230 Millionen Euro für die Kurse flossen. Obwohl die Regierung sie fortführen will, gelingt nun aber kein reibungsloser Übergang. „Ein ESF-finanziertes Nachfolgeprogramm wird es ab 2015 geben", teilte das Arbeitsministerium mit. Und immerhin sei es schon gelungen, den Förderstopp bis April hinauszuzögern, obwohl die alte Förderperiode 2013 abgelaufen sei. Pläne, die Kurse auch für den Rest des Jahres zu finanzieren, gibt es bisher aber offenbar nicht.

Noch verzwickter ist es mit „MobiPro": Das Geld dafür war Ende Februar schon einmal aufgebraucht – da noch kein Bundeshaushalt für 2014 beschlossen ist, galten besonders starre Budgetgrenzen. Im März gab die Regierung dann per Sondergenehmigung 15 Millionen Euro zusätzlich frei; doch auch dieses Geld ist nun aufgebraucht. Insgesamt sind 359 Millionen Euro bis 2018 eingeplant.

Die Grünen-Arbeitsmarktexpertin Brigitte Pothmer nennt das Verhalten der Regierung „dilettantisch" und fordert ein „Ende der Zitterpartie". Im Fall von „MobiPro" habe der Förderstopp für die betroffenen Jugendlichen besonders schwere Folgen: „Wenn sie jetzt ihre Sprachkurse nicht antreten können, dann können sie im Herbst nicht in die betriebliche Ausbildung starten", warnte Pothmer. Das Arbeitsministerium betont, dass zumindest alle bewilligten Anträge finanziert würden, und verweist ansonsten auf die anstehenden Etatberatungen des Bundestags.